



Bild von der nationalen Frauendemo September 2018 in Bern.

## Gründe gibt es mehr als genug

**In Basel laufen die Vorbereitungen für den Frauenstreik im Bildungs- und Sozialbereich an.**  
Von Kerstin Wenk

**I**m Rahmen der Vorbereitungen für den 14. Juni finden neben den verschiedenen Frauenstreiksitzungen des Organisationskomitees auch spezielle Austausch-sitzungen für den Bereich Volks- und Mittelschulen, für die Kitas und die Tagesstruktur, aber auch für die Universität statt.

An der Gesamtkonferenz der Kantonalen Schulkonferenz waren wir mit einem Stand präsent und haben die Lehrpersonen auf die verschiedenen Themen in der Schule hingewiesen. Wir haben sie an einen Austausch-treff eingeladen und ihnen Ideen für Aktionen an der Schule mitgegeben.

Nebst dem Gesundheitsbereich setzt der vpod beim Frauenstreik den Fokus auf den Bildungs- und Sozialbereich. Denn in diesen geht die Feminisierung des Berufs deutlich sichtbar mit einer Entwertung einher: je kleiner die Schuhgrösse der Kinder, desto mehr Frauen arbeiten in diesem Bereich – mit schlechteren Löhnen, bei deutlich grösserem Arbeitsaufwand und unattraktiveren Arbeitsbedingungen.

### Unterschiedliche Löhne und Arbeitsbedingungen durch Geschlechtersegregation bei den Lehrpersonen

Lehrpersonen, die an den öffentlichen Schulen unterrichten, haben faire Arbeitsbedingungen und aufgrund der Lohnsysteme gibt es keinen Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern. Unterschiede entstehen aber mit der Schulstufe, an denen Lehrerinnen und Lehrer unterrichten. Eine Kindergartenlehrperson verdient deutlich weniger als eine Gymnasiallehrperson. Aus gewerkschaftlicher Sicht kann ein solch grosser Lohnunterschied nicht nur mit der Qualifikation respektive dem Abschluss begründet werden.

Auch die Aufstiegswege für Frauen gestalten sich nach wie vor schwieriger. Nicht das Frau-Sein steht möglichen Aufstiegen im Weg, sondern vielmehr das Mutter-Sein oder -Werden. Denn mit leichteren Zugängen zu Kinderbetreuung geht auch eine gewisse Diskriminierung von Teilzeitarbeit einher.

Und auch bei der Lektionenzahl ist die Ungerechtigkeit nach wie vor sehr gross. So müssen Primarlehrpersonen mehr Lektionen arbeiten und erhalten weniger Vorbereitungszeit als Lehrpersonen auf der Sekstufe. Dieses Thema beschäftigt vor allem die Lehrpersonen im Kanton Baselland, dies im Zusammenhang mit der Diskussion um den neuen Berufsauftrag.

Im Kitabereich gibt es mehr als genügend Gründe für einen Streik. So konnten in Basel-Stadt im Rahmen der Diskussion um das neue Tagesbetreuungsgesetz keine wirklichen Fortschritte erzielt werden. Dort ist die wichtigste Forderung nach wie vor ein GAV.

Nicht vergessen werden dürfen in diesem Zusammenhang die Tagesstrukturen. Die BetreuerInnen arbeiten an der Schnittstelle zwischen Bildung und Freizeit, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der berufstätigen Frauen und Männer. Wer in den Tagesstrukturen arbeitet, wird schlecht bezahlt und kann auf Grund der Arbeitszeiten sowieso nur Teilzeit arbeiten. Der Job ist ein typischer Frauenteilzeitjob. Bis jetzt waren aus Sicht der Arbeitnehmenden in den Tagesstrukturen vor allem die vielen Schulferien attraktiv, doch mit den politischen Forderungen nach Ausweitung der Tagestrukturen auf die Schulferien, fällt auch dieser Punkt damit künftig weg.

### Varianten des Protests

Nicht allen ist es möglich am 14. Juni ihre Arbeit ganz niederzulegen, denn sie haben Betreuungsaufgaben. Es gibt aber viele spannende und lustige Möglichkeiten, trotzdem die Anliegen der Frauen in diesen Berufsbereichen sichtbar zu machen. Wie etwa durch entsprechende Kleidung, z.B. ein violettes T-Shirt oder einen Frauenstreik-Button. Wenn am Arbeitsplatz ein paar Kolleginnen mitmachen, kann man zusammen violette Leintücher aus dem Fenster hängen oder mit den Kindern Fahnen basteln. Das Thema Gleichstellung kann auch mit den Kindern thematisiert werden, die Pausen können verlängert werden und vieles mehr. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. ■

# Noch immer keine GAV-Pflicht im Tagesbetreuungsgesetz



Das Erziehungsdepartement Basel-Stadt (ED) betreibt wie gewohnt eine Politik der kleinen Schritte. Von Kerstin Wenk

Das neue Tagesbetreuungsgesetz bringt zwar einzelne Verbesserungen, so richtig kann es den Bedürfnissen und anstehenden Entwicklungen aber nicht gerecht werden. Inzwischen liegt der Bericht der Bildungs- und Kulturkommission (BKK) zum Gesetz vor. Die BKK hat sich in eine knappe Mehrheit und eine Minderheit aufgeteilt. Die SP folgt der Minderheit und wird im Mai mehrere Anträge zur Verbesserung des Gesetzes einbringen.

Das Tagesbetreuungsgesetz ist für wichtige Anliegen des VPOD zentral, wie zum Beispiel für die Gleichstellung und die Entlastung der Familien. Die anhaltend und deutlich wachsende Nachfrage nach Betreuungsplätzen zeigt, dass die Entwicklung des Angebots einem grossen Bedürfnis entspricht, von dem Gesellschaft und Wirtschaft gleichermassen profitieren. Leider kann das vom Kanton gesteuerte Angebot den vorhandenen Bedürfnissen nicht gerecht werden.

## Erwartungen an den Grossen Rat

In der grossrätlichen Kommissionsberatung konnten sich leider keine Verbesserungsvorschläge für die Bereiche Lohn, Arbeitsbedingungen, Betreuungsschlüssel und Qualität durchsetzen. Es bleibt bei der Definition, dass die Löhne branchenüblich zu sein haben und die bisherige Qualität beibehalten werden soll. Damit wurde also einmal mehr die Petition «Gute Kinderbetreuung braucht gute Arbeitsbedingungen!» ignoriert. Auch wurde den sich ändernden Ansprüchen der Eltern und der Entwicklung der Gesellschaft nicht Rechnung getragen.

Der vpod region basel erwartet dagegen nun vom Grossen Rat klare Verbesserungen. So zum Beispiel die Einführung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Eltern und Angestellte von Kitas. Aber auch klare Verbesserungen für die Praktikantinnen und Praktikanten, denn ohne diese wäre heute in vielen Betreuungsinstitutionen der Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten. Auch der Kanton profitiert aktuell enorm von diesen Arbeitskräften, sind sie in der Modellrechnung des Erziehungsdepartements doch fix eingeplant. Dass viele Praktikantinnen und Praktikanten auch nach mehrjähriger Tätigkeit nicht den erhofften Ausbildungsplatz erhalten, ist höchst stossend. Hier ist eine Korrektur dringend notwendig.

Eine weitere wichtige Forderung, die auch im Rahmen des Frauenstreiks gestellt werden wird, ist ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Kitas in Basel-Stadt. Dieser wäre im Interesse aller und könnte garantieren, dass die geleisteten Betreuungsbeiträge für ein qualitativ gutes Angebot genutzt werden und nicht Profit auf Kosten des Personals gemacht wird. Der Gesetzgeber soll deshalb von seiner Möglichkeit Gebrauch machen, einen GAV vorzuschreiben. ■

GE vpod basel lehrberufe

Abonniert die Zeitschrift «vpod bildungspolitik» mit regionalem Basler Teil!

Auch inhaltliche Beiträge sind jederzeit willkommen!

Die Zeitschrift «vpod bildungspolitik» erscheint fünf Mal pro Jahr. Ein Jahresabonnement für 2018 kostet Fr. 40.–

Bestellt werden kann die Zeitschrift per E-Mail unter [redaktion@vpod-bildungspolitik.ch](mailto:redaktion@vpod-bildungspolitik.ch) sowie über unsere Homepage

[vpod-bildungspolitik.ch](http://vpod-bildungspolitik.ch)





# Wenn schon Schule, dann Berufsschule!



Ich treffe die pensionierte Kollegin Rosmarie Schümperli in ihrem Haus in Kleinbasel.

**Ein Gespräch mit Rosmarie Schümperli über ihre Erfahrungen als Lehrerin und ihr gewerkschaftliches Engagement.**

**A**ufgewachsen ist Rosmarie Schümperli am Basler Morgartenring als Tochter eines Werkzeugmachers und einer Schneiderin. Ihr Vater arbeitete schliesslich als Gewerbelehrer für Mechaniker und war Lehrmeister in der Lehrwerkstätte. Als engagiertes Gewerkschaftsmitglied baute er im Metallarbeiterverband SMUV eine Lehrlingsgruppe auf, die er 25 Jahre leitete.

Rosmarie schloss die Mädchen-oberschule MOS mit dem Diplom ab,

das einer heutigen Fachmaturität entspricht. 1961 ging sie ans Lehrerinnenseminar, weil dies damals die beste Ausbildung war, die sie mit ihrem Abschluss absolvieren konnte. Ihre erste Stelle trat sie 1963 in Bottmingen als frisch diplomierte Primarlehrerin an. 1965 beschloss sie, sich ihren Traum zu erfüllen und zu studieren. Sie schrieb sich an der Universität Basel ein, was für eine Frau aus der Arbeiterklasse in den 1960er Jahren alles andere als selbstverständlich war. Und es fiel ihr nicht schwer, das Latinum nachzuholen; mit grosser Begeisterung studierte sie Schweizer Geschichte, Allgemeine Geschichte und Staatsrecht. Voller Bildungshunger legte Rosmarie ihr Studium breit im Sinne eines Studium Generale an und besuchte unter anderem auch Kurse in Volkskunde, Ethnologie, Kunstgeschichte, Mediävistik und Philosophie. Sie finanzierte sich ihr Studium selbst: Felix Mattmüller hatte ihr Stunden an den damals neu in Basel eingeführten Kleinklassen vermittelt. Als sie auch geografisch über den Tellerrand hinausschauen wollte, erkämpfte sie sich ein Stipendium für ein Semester in Fribourg.

## Kampf um das Frauenstimmrecht

Mit ihrem Vater konnte Rosmarie bereits als kleines Mädchen auch über politische Fragen sprechen, ihre Mutter dagegen betrachtete solche Interessen bei Frauen als unchristlich. Politisiert wurde Rosmarie noch in der MOS durch die Abstimmung über das Frauenstimmrecht 1959. Als nach dessen Ablehnung im Mädchengymnasium nebenan die Lehrerinnen streikten, bewunderte sie deren Mut. Knapp ein Jahr später nahm eine Frau von den Freisinnigen Kontakt zu ihr auf, die junge Frauen für eine Aktion suchte: So heftete sie am Jahrtag der Abstimmung Männern auf der Strasse grüne Bänder ans Revers. 1966 wurde schliesslich im Kanton Basel-Stadt das Wahlrecht für Frauen beschlossen, 1971 endlich auf Bundesebene. Inzwischen engagierte sich Rosmarie politisch als linke Studentin, etwa für das autonome Jugendzentrum, dies reichte hin bis zur Teilnahme an einer Hausbesetzung. Auch wenn sie an der legendären Gratis-Tram-Demo

1968 verhindert war, weil sie gerade jobben musste, war sie in der politischen Szene um 1968 präsent.

Nach dem Abschluss ihres Studiums Mitte der 1970er Jahre wollte sie erstmalig weg von der Schule und absolvierte eine Stage beim Bankverein, mit der Option dort später die Lehrlinge für den kaufmännischen Bereich auszubilden. Letztlich interessierte sie dies jedoch zu wenig und sie wechselte erst einmal an eine Schule für Blinde und Sehbehinderte. Dort unterrichtete sie ein Jahr Punkt- und Maschinenschreiben. Eine spannende Arbeit, bei der sie selbst viel lernte, unter anderem wie man mit Händen und Füssen schaut.

Es kristallisierte sich für Rosmarie immer mehr heraus, dass sie, wenn schon an einer Schule, dann an einer Berufsschule arbeiten wollte. Als ihr ein Pensum an der Berufs- und Frauenfachschule (BFS) angeboten wurde, ergriff sie diese Gelegenheit und unterrichtete fortan als Berufsschullehrerin – 26 Jahre bis zu ihrer Pensionierung. Zuerst im damals bestehenden «9. Schuljahr für Mädchen», das neben allgemeinbildenden Fächern handwerklich und praktisch ausgerichtet war (Kleidermachen, Hauswirtschaft, Wäsche nähen etc.). Zwei Jahre unterrichtete Rosmarie Coiffeusen, bis sie schliesslich an die «Verkaufsschule» der BFS wechselte.

## Komm doch in den VPOD!

Schnell merkte Rosmarie, dass ihre Art, nicht alle Dinge als gottgegeben zu akzeptieren, ihr Probleme mit der Schulleitung einhandelte. Als eine Kollegin sie deshalb einlud, in den VPOD einzutreten, war sie sofort dabei. Tatsächlich musste der VPOD-Sekretär Markus Benz sie zweimal zu vermittelnden Gesprächen mit der Schulleitung begleiten. In diesen ging es zum einen um Fragen der Weiterbildung – damals gab es immer wieder Schwierigkeiten, wenn die Lehrpersonen während der Schulzeit Weiterbildungskurse besuchen wollten –, zum andern war es auch nicht gern gesehen, wenn Lehrpersonen mit einer Klasse etwas ausserhalb des Klassenzimmers unternehmen wollten.

Im VPOD amtierte sie für einige Jahre als Präsidentin der Gruppe Bildung und Kultur. Besonders in Erinnerung ist ihr das Engagement für Lehrerinnen in «Heimatlicher Sprache und Kultur» geblieben, deren Arbeitsbedingungen und Anbindung an die Schulhäuser oft mangelhaft waren. Sie gründete in den 1980er Jahren zusammen mit der Gewerkschaft Erziehung eine Gruppe, in der sie sich mit italienischen, spanischen, kurdischen und türkischen HSK-Lehrpersonen austauschten. Auch viele ihrer SchülerInnen an der BFS hatten einen Migrationshintergrund, was Rosmarie immer als bereichernd empfand.

Für die Frauenrechte engagierte sich Rosmarie auch im VPOD, so bewarb sie 1991 den Frauenstreik an der Basler Schulsynode und organisierte damals am 14. Juni die grosse Frauendemo mit, bei der sich Tausende von Frauen beteiligten. Auch die Lehrerinnen an der BFS streikten. Es war die Zeit der ersten Lohnklagen von Handarbeitslehrerinnen und Kindergärtnerinnen. Und auch 2019 wird Rosmarie wieder dabei sein, wenn am 14. Juni die Aktionen für die Gleichstellung von Männern und Frauen stattfinden werden, denn Proteste braucht es nach wie vor. ■

Text und Bild: Johannes Gruber